

REZENSIONEN

DEUTSCHE (POST-)KOLONIALITÄT

Im Rahmen der sog. postkolonialen Studien ist ein ums andere Mal dargelegt worden, dass der deutsche Kolonialismus nicht gleichzusetzen ist mit der kurzen Phase der formalen Kolonialherrschaft des wilhelminischen Kaiserreichs in Übersee. Dieser Erkenntnis folgt auch der von Michael Perraudin und Jürgen Zimmerer herausgegebene Sammelband, der die Beiträge der Konferenz "War, Genocide and Memory: German Colonialism and National Identity" dokumentiert, die 2006 an der Universität Sheffield abgehalten wurde. Die 22 von Historikern, Literaturwissenschaftlern, Afrikanisten und Soziologen verfassten Aufsätze sind in fünf chronologisch gehaltenen Kapiteln unterteilt. Der inhaltliche Schwerpunkt des Buches liegt dabei weniger auf dem Kolonialreich selber, sondern befasst sich vor allem mit dessen Vorgeschichte und seiner mittlerweile langen Nachgeschichte.

Im ersten Abschnitt werden Themen abgehandelt wie etwa die 1848 in der Frankfurter Paulskirche geführten Debatten über die Möglichkeiten kolonialer Expansionspolitik des deutschen Nationalstaates (Brian Vick) oder über Polen als kolonialer Expansionsraum der Deutschen (Kristin Kopp). Es folgen Texte zum visuellen Kolonialismus, darunter zur Kolonialwerbung (David Ciarlo) und die Darstellung des Boxeraufstandes im Spiegel der „Berliner Morgenpost“ (Yixu Lü). Im dritten Abschnitt finden sich Essays, die sich mit dem Ende der deutschen Kolonialherrschaft beschäftigen.

Wie die völkische Rechte in ihrer Propaganda auf die Figur des berüchtigten Carl Peters zurückgriff, diskutiert Constant Kpao Saré. Das Wirken deutscher Frauen in der Nachkriegszeit in Afrika untersucht Britta Schilling, während die Figur des „Askari“ von Susann Lewerenz unter die Lupe genommen wird. „Der deutsche Kolonialismus in der Ära des Dekolonisation“ lautet die Überschrift zum vierten Kapitel.

Abgesehen etwa von Themen wie anti-kolonialer Denkmalsturz (Ingo Cornils) und kolonialhistorische Fernsehproduktionen (Wolfgang Struck) sticht der Aufsatz von

Monika Albrecht heraus. Sie stellt die These auf, dass es nach 1945 keine „post-koloniale Amnesie“ in Deutschland gegeben habe. Allerdings bleibt die Frage offen, ob die regelmäßige Berichterstattung über kolonialpolitische Ereignisse in den von Albrecht ausgewerteten Wochenmagazinen wie der „Spiegel“ als Indiz dafür genommen werden kann, welchen Stellenwert die Kolonialgeschichte im allgemeinen Geschichtsbewusstsein der Deutschen einnimmt. Strittig bleibt in diesem Zusammenhang ebenfalls die Frage, ob der 68er-Bewegung das Verdienst zukommt, eine „offene Auseinandersetzung mit dem kolonialen Erbe“ (S. 5) vorangebracht zu haben oder ob die Impulse dafür nicht maßgeblich von außen kamen, insbesondere eben von den aus dem angelsächsischen Raum kommenden „postcolonial studies“.

Das abschließende fünfte Kapitel greift vor allem Fragen der Erinnerungskultur auf. Im Mittelpunkt steht hier die Memorierung des Genozids an den Herero und Nama im heutigen Namibia und hierzulande (Reinhart Kößler, Henning Melber, Dominik Schaller).

Einmal mehr zeigen die Beiträge des Sammelbandes, wie kreativ, fächerübergreifend und methodisch auf hohem Niveau mittlerweile über den deutschen Kolonialismus als Real- und Phantasiegeschichte diskutiert wird. Nicht zuletzt belegen die Debatten, darin ist den beiden Herausgebern zuzustimmen, dass Deutschland mittlerweile die „post-koloniale Normalität Europas erreicht“ (S. 2) hat. Die im Vorwort aufgestellte These, der Kolonialismus habe eine zentrale Bedeutung für die nationale Identität im deutschen Kaiserreich eingenommen, ist unter Kolonialhistorikern weitgehend unumstritten, wird aber wohl auch weiterhin auf die Vorbehalte von Wissenschaftlern aus anderen Disziplinen stoßen.

In einem Punkt irren übrigens die Herausgeber. Die Entschuldigung für die deutschen Kolonialverbrechen, die die damalige Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Heidemarie Wiecek-Zeul anlässlich des 100. Jahres-

tages der „Schlacht am Waterberg“ 2004 in Namibia ausgesprochen hat, war keine „offizielle Entschuldigung der deutschen Bundesregierung“ (S. 1). Abgesehen davon, dass Wiecek-Zeul für ihre Rede heftig kritisiert wurde – bekanntlich verwendete sie darin das Reizwort „Völkermord“ –, beeilte sich das politische Berlin damit verlautbaren zu lassen, es habe sich dabei um die Einzelmeinung einer Ministerin gehandelt. Die Rede ging zwar als Meilenstein in die Annalen der deutsch-namibischen Beziehungen ein, jedoch warten die Herero und Nama bis heute auf ein solches offizielles Schuldeingeständnis. Aus Sorge um daraus juristisch abzuleitende Reparationsforderungen beißen sich Vertreter der (damaligen wie der heutigen) Bundesregierung lieber die Zunge ab, als den Völkermord im damaligen Deutsch-Südwestafrika anzuerkennen. Die Querelen bei der Rückgabe der Schädel ermordeter Herero und Nama in Berlin Ende September 2011 haben dies abermals deutlich gemacht.

JOACHIM ZELLER

Michael Perraudin/Jürgen Zimmerer (eds.)
German Colonialism and National Identity,
Routledge, New York / London 2011.

LESERBRIEFE

TENDENZIÖS, ABER HUT AB

Nachdem ich nun 5 Jahre in Südafrika lebe und arbeite und lange schon eine Möglichkeit suche, mich über die wichtigsten Vorgänge hier außerhalb der nicht immer sehr aufschlussreichen Tageszeitungen zu informieren, bin ich durch einen Freund auf eure Zeitschrift gestoßen. Obwohl politisch häufig tendenziös, habe ich doch kein Medium gefunden, in dem ich so viel über Politik und Gesellschaft dieses Landes und seiner Nachbarn erfahren habe wie in eurem Heft. Hut ab, gute Arbeit.

>> Jörg Przybilla
Pretoria, South Africa

UNVERZICHTBAR

„afrika süd“ ist schlichtweg unverzichtbar! Denn selbst in der Zeit, da der heute regierende ANC sein hundertjähriges Beste-

hen feiert, gibt es kaum Berichte mit Substanz zu den große Besorgnis auslösenden Entwicklungen am Kap der nicht immer Guten Hoffnung. Das wird an den zentralen Redaktionen in Deutschland liegen, die anderen, teils banalen Nachrichten Vorrang einräumen. Auch dominiert bei den meisten Institutionen, die zuvor Apartheid bekämpften oder, wo etwa die CSU eine Art Apartheid mit menschlichem Antlitz anstrebte, eine opportunistische Grundhaltung. So wird alles Problematische verschwiegen. Hier findet sich eine skurrile Allianz aus EKD, Afrika-Verein, der Deutschen Botschaft in Pretoria, der Hanns-Seidel-Stiftung und eigentlich allen Fraktionen des Deutschen Bundestages, also auch der der sonst so diskussionsfreudigen Sozialdemokraten.

Bis zum Machtwechsel vom Mai 1994 war Apartheid für alle deutschen Medien ein Spitzenthema. Seit Anfang der 90er Jahre gefiel sich die mehr oder weniger komplette Elite der deutschen Staatsrechtler in dem abstrusen Bemühen, dem neuen Südafrika die Übernahme des zunächst in Deutschland-West und später in Gesamtdeutschland

hoch bewährten Grundgesetzes sowie des politischen und juristischen Unterfutters zu „verkaufen“. Niemand warf die Frage auf, ob das in einem völlig anderen Kulturraum funktionieren könne. Zuvor hatte niemand in Deutschland-West die Frage gestellt, was in dem bis auf die Grundfesten zerrissenen Südafrika die Apartheid-Verfassung ablösen könne. Leider schwieg damals auch „afrika süd“. Allerdings hat die Zeitschrift in der Folgezeit nie gezögert, die immensen Probleme hin zur Demokratie und die daraus resultierende Bedrohung alles Erreichten aufzudecken. Dass gerade auch dort, wo es Herausgeber, Redakteure und externe Autoren schmerzt! Hut ab vor so viel intellektueller Ehrlichkeit!

„afrika süd“ bricht damit ein Tabu und ist damit dem neuen Südafrika eine wirkliche Hilfe! Eine der leider sehr(!) seltenen Ausnahmen! Denn in Deutschland dominieren hier wirklich die mit auffälliger Kreativität von Hans-Dietrich Genscher Mitte der 70er Jahre entwickelten Platituden.

Damals war Bundeskanzler Helmut Schmidt mit viel Erfolg sein eigener Außen-

minister. Schon weil ihn die Beschäftigung mit Sub-Sahara-Afrika langweilte, machte er Genscher zum Afrika-Beauftragten der Bundesregierung. Seine Sicht eines unvorstellbar anspruchsvollen Transformationsprozesses behielt letzterer nach Abschluss seiner außenpolitischen Lehrjahre (ca. 1979) und über den Wechsel des Koalitionsparours hinaus bei. Sie lebt bis heute fort und ist bei Außenminister Guido Westerwelle in guten Händen.

Zum Abschluss, dies in Anknüpfung an meine Beiträge in „afrika süd“, die Anregung, die Zeitschrift möge sich mit all ihrem Sachwissen auch mit Fragen einer Restabilisierung Südafrikas befassen. Sollte die Kap-Republik in den nächsten Jahren implodieren, so wird das die gesamte SADC-Region schwer treffen. Angesichts der verbreiteten Erbärmlichkeit der Südafrika-Diskussion in den weitaus meisten anderen Medien ist offenbar nur „afrika süd“ in der Lage, hier für Abhilfe zu sorgen.

>> Klaus Frhr. von der Ropp, Potsdam

IMPRESSUM

afrika süd

gegr. 1972 als informationsdienst südliches afrika, 6 Ausgaben pro Jahr
ISSN 0947-8353

Herausgeberin:

informationsstelle südliches afrika e.V. (issa)

Vorstand:

Peter Ripken (Vors.), Reinhart Kößler, Henning Melber, Ringo Raupach, Brigitte Reinhardt, Peter Röhrig

Redaktion:

Lothar Berger, Rolf-Henning Hintze, Nikolai Link, Emanuel Matondo, Hein Möllers (verantwortlich), Wiepke Peters, Ringo Raupach, Brigitte Reinhardt, Anna-Lena Schmidt

Verlag und Redaktionsanschrift:

issa, Königswinterer Straße 116, 53227 Bonn
Tel.: 02 28/46 43 69; Fax: 0228/46 81 77
issa@comlink.org, www.issa-bonn.org

Layout dieser Ausgabe:

herrmann design studio
René Herrmann

Druck:

LEPPELT Druck + Repro GmbH, Bonn-Beuel

Bezugsbedingungen:

Einzelheft € 6,- zzgl. Porto;
Jahresabo In- und Ausland € 35,-;
Institutionen und Förderer € 50,-;
Luftpostzuschlag € 8,-
Das Abo kann nach einem Jahr jederzeit gekündigt werden.

Konten (issa):

Postbank Köln 281 210-504
BLZ 370 100 50
Sparkasse KölnBonn 119 000 222
BLZ 370 501 98

Redaktionsschluss der Ausgabe:

30. Januar 2012
Nachdruck, auch auszugsweise, nur nach Rücksprache mit der Redaktion. Genehmigung wird gern erteilt. Belegexemplare an die Redaktion.
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.